

## **Interpellation betreffend Erfahrungen mit dem Bundesasylzentrum in Thun**

**I 5/2016**

SVP/FDP-Fraktion vom 3. Juni 2016

Wie die SVP/FDP-Fraktion in einem Vorstoss vom 22. Januar 2016 zu den steigenden Sozialhilfekosten aufgrund der gestiegenen Asylgesuchszahlen angekündigt hat, möchte sie - nachdem am 11. Mai 2016 die letzten Asylbewerber das Bundesasylzentrum verlassen haben - vom Thuner Gemeinderat transparent und detailliert wissen, welche Erfahrungen die Stadt mit dem Betrieb des Zentrums gemacht hat und welches Fazit er für künftige Nutzungen daraus zieht. Die Aussagen des verantwortlichen Gemeinderats vom 13. Mai 2016 hat sie zur Kenntnis genommen<sup>1</sup>. Völlig unverständlich ist für die Fraktion, wieso die Stadt aufgrund eingegangener Helferfragen aus der Bevölkerung die Stadtverwaltung um eine 40%-Stelle ausbauen musste. Diesbezüglich stellen sich Fragen, insbesondere ob die Stadtverwaltung wie sie heute organisiert ist, in der Lage ist, entsprechende Situationen zu bewältigen.

Kritisch beurteilt die Fraktion nach wie vor die Behördenkommunikation vor der Eröffnung. Der Eindruck lässt sich nicht vermeiden, dass die Thuner Öffentlichkeit erst relativ spät über das Vorhaben informiert worden ist, als der Entschluss für die Errichtung eines solchen Zentrums längst gefallen war. Der Stadtrat, immerhin als Legislative die Vertretung der Thuner Bevölkerung, wurde vorgängig überhaupt nicht in den Kommunikationsprozess einbezogen. Es kann nicht sein, dass amtierende Stadträte aus ihrem Umfeld über das Vorhaben erfahren und ihrerseits auf entsprechende Anfragen aus der Bevölkerung keine Auskunft geben können, weil sie schlicht nicht informiert worden sind. Die Fraktion verlangt, dass in Zukunft transparent, umfassend und frühzeitig über weitere Nutzungen im Asylbereich auf dem Gemeindegebiet der Stadt Thun informiert wird. Nur so fühlen sich Anwohner/Innen, die lokale Politik und weitere Involvierte ernst genommen und nur so wird die Grundlage für einen gelungenen Start eines solchen Betriebs geschaffen.

Anlässlich eines Besuchs vor Ort mit entsprechender Führung konnte sich die Fraktion selbstständig ein Bild vom Betrieb des Bundesasylzentrums machen. Positiv hervorzuheben gilt an dieser Stelle die offene und transparente Information der anwesenden Fraktionsmitglieder durch die Leitung des Zentrums. Die Fraktion erhielt den Eindruck eines straff und korrekt geführten Zentrums. Hingegen bleiben grundsätzliche Fragen und Bedenken, wie z.B. bezüglich des äusserst tiefen Anteils von Syrern im Zentrum, bezüglich der relativ hohen Prozentzahlen von Migranten, in deren Herkunftsländern keine Kriegs- oder Krisensituation herrschen, oder bezüglich der weit verbreiteten Alkohol- und Medikamentensucht unter den Migranten, bestehen. Auf Unverständnis stösst zudem, dass offenbar einige politisch motivierte Kreise den Migranten gegenüber mitgeteilt haben, diese

---

<sup>1</sup> Thuner Tagblatt vom 13. Mai 2016: „Das Bundesasylzentrum Thun ist schon geschlossen“ (vgl. online: <http://www.thunertagblatt.ch/region/bern/Bundesasylzentrum-Thun-ist-geschlossen/story/23664760>).

hätten Anspruch auf einen höheren Unterbringungsstandard, was zu Störungen im Betrieb des Zentrums geführt hat.

Die Fraktion möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle dem Zentrumspersonal für ihre Arbeit unter schwierigen Bedingungen und der Thuner Bevölkerung, welche durch Naturalspenden und sinnvolle Freizeitengagement einen wichtigen Beitrag geleistet hat, zu danken.

Die SVP/FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die vorgängige Kommunikation der involvierten Behörden (Stufe Bund und Kanton)? Wie beurteilt der Gemeinderat das Kommunikationsverhalten der Stadt?
2. Würde der Gemeinderat bei zukünftigen Vorhaben dafür sorgen, dass der Thuner Stadtrat und die Bevölkerung frühzeitiger und umfassender über die Pläne der Bundesbehörden zur Errichtung eines Bundesasylzentrums informiert werden?
3. Teilt der Gesamtgemeinderat die vom Sicherheitsvorsteher in der Zeitung präsentierte „positive Bilanz mit Vorbehalt“? Welche Lehren zieht er aus der vergangenen Nutzung?
4. Welche zusätzlichen Kosten sind der Stadt Thun durch den Betrieb entstanden?
5. Wie ist es dazu gekommen, dass die Stadt Thun eine 40% Stelle für die Koordinierung und Kanalisierung der Bevölkerungsanfragen einrichten musste? Welche Mehrkosten sind hierdurch entstanden? Ist geplant, dass diese Stelle nach Beendigung des Zentrumsbetriebs wieder abgebaut wird?
6. Von wie vielen Vorfällen hat der Gemeinderat Kenntnis, bei welchen die Polizei ausrücken musste? Sind durch diese Polizeieinsätze Mehrkosten für die Thuner Steuerzahlenden entstanden? Haben sich die weiteren Begleiterscheinungen in demjenigen Rahmen gehalten, mit welchem gerechnet worden ist?
7. Wie beurteilt der Gemeinderat die Möglichkeit, dass in Thun kurz- oder mittelfristig wieder ein solches Bundesasylzentrum in Betrieb genommen werden könnte?

Dringlichkeit wird nicht verlangt.

*(Handwritten signatures in blue ink)*  
D. Krummer, P. Huber, Michael Jank, J. V. V. V. V., Ch. P. P. P.